



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

C-r.: Vom preußischen Landtag.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

die deutsche Bevölkerung die diesseits derselben wohnt, weiß nichts von denselben.

Unten im Thal liegt Neustadtmühle, das Dorf mit dem prächtigen Viaduct heißt Lühelburg und darüber liegen weithin die Ruinen des gleichnamigen Schlosses. Es taucht ebenfalls schon im XII. Jahrhundert auf und das Geschlecht dem es gehörte war mit den Luxemburgern eines Stammes; hier hauste die böse Frau Itta, die als Hexe auf den Bafßberg fährt und die Saat ihrer Unterthanen durch wilden Hagelschlag vermüftet. Um sie zu entschädigen gab ihnen der Graf verschiedene Nuzungsrechte in seinen Wäldern.

R — r.

Vom preussischen Landtag.

Berlin, den 21. Mai 1876.

Am 15. Mai stand bei den Abgeordneten zur ersten Berathung ein Gesetzentwurf betreffend die Umwandlung des Zeughauses zu Berlin in eine Ruhmeshalle für die preussische Armee. Der Gesetzentwurf wurde zur Vorberathung an die Budgetcommission überwiesen. Dieser Beschluß selbst und noch mehr die Aeußerungen der Redner zeigten eine der Vorlage keineswegs günstige Stimmung. Man kann ja zweifelhaft sein, ob der jetzige Zeitpunkt, welcher sich als das Stadium der äußersten Ernüchterung nach dem Milliardenrausch charakterisirt, der richtige war, um die Vorlage einzubringen. Aber die Ausnahme, welche der Plan zunächst fand, bleibt doch zu bedauern. Die Fortschrittspartei sah in demselben eine Demonstration für den preussischen Particularismus. Als ob es nicht die größte aller Thorheiten sein würde, wenn wir den Particularismus der Vergangenheit in unserer Erinnerung auslöschen wollten. Wir dürfen weder der Leiden jemals vergessen, welche der Particularismus über uns gebracht, noch der Kräfte, welche, selbstverständlich zunächst selbst in particularistischer Erscheinung, uns die Erlösung von dem Particularismus oder wenigstens von der schlimmsten Macht desselben gebracht. Wo wir den Particularismus zu bekämpfen haben, das ist einzig die Gegenwart und die Zukunft. Gerade da will ihn die Fortschrittspartei nicht weiter bekämpfen. Wir denken, diese Art der Gesinnung gegenüber der deutschen Einheit richtet sich selbst.

Herr Windthorst, der stets gewandte, oder, sagen wir vorsichtiger, der meist gewandte, erklärte, das Geld für die Ruhmeshalle bewilligen zu wollen, Grenzboten II. 1876.

wenn er erst wisse, ob für die Opfer der diesjährigen Ueberschwemmungen etwas geschehen werde, beziehentlich geschehen könne. Das hieß mit großer Schlaueit insinuiren: Ihr habt Geld für Trophäen, aber kein Geld für unverschuldet Obdachlose und Hungernde. Auf Herrn Windthorst folgte der 80jährige Präsident von Gerlach als Redner gegen die Vorlage. Wer hätte diesem Manne, jetzigem Mitglied des Centrums, vor 20 Jahren prophezeihen dürfen, daß der Tag kommen könne, wo Herr von Gerlach zögern werde, eine mäßige Summe für den Ruhm der preußischen Armee zu bewilligen? Aber dieser Tag ist gekommen. Herr von Gerlach meinte, man werde nicht umhin können, bei der Ruhmeshalle an die neuen und neuesten Siege Preußens zu denken; diese Siege bedeuteten aber Annexionen, deutsches Reich und Culturfampf, Zustände, um deren Willen das Vaterland besser thue, sich zu demüthigen, als sie zu verherrlichen! — Man lernt aus solchen Worten, wie auch die schwerste Unnatur in nationalen Dingen ihre Liebhaber findet, die um den Untergang der Unnatur trauern. Und nicht bloß Egoisten sind diese Liebhaber, sondern auch verschrobene Idealisten, obwohl die letztere Species von Liebhabern des Schädlichen und Schlechten eine Eigenthümlichkeit sein mag, die kein Volk mit uns Deutschen theilt, noch uns darum beneidet.

In derselben Sitzung nahm alsdann die Einzelberathung des Gesetzes über die Amtssprache ihren Fortgang, deren Einzelheiten nicht interessiren. Darauf erfolgte noch in derselben Sitzung die dritte Berathung des Gesetzes über die Aufsichtsrechte des Staats bei der Vermögensverwaltung in den katholischen Diöcesen. Bei dieser Berathung entwickelte sich wiederum eine Culturfampfszene. Dieses Wort scheint mehr und mehr die Bezeichnung zu werden für formlose Wortkämpfe, bei denen man sich unter Verzicht auf sachliche Discussion und jede Art von Gründen allerhand Beleidigungen an den Kopf wirft. Selbst Herr Windthorst, der vielgewandte, den wir vorhin mit gutem Grund nicht den stets gewandten nennen wollten, betheilt sich an solchen Gesechten, wo die Plumpheit allein das Wort hat, und der oftmals seine Dialektiker läßt die bei Gesechten dieser Art geltende Eigenschaft in keiner Weise vermissen, aber wohl nicht zu seinem Ruhme. Eine Blumenlese zierlicher Redensarten aus dieser Debatte wollen wir unterlassen. Es braucht nur noch geringer Steigerung, um ein durchgreifendes Heilmittel als geboten durch die Ehre der deutschen Nation zur allgemeinen Forderung zu machen. —

Die Sitzung vom 16. Mai mit allerhand technischen Gegenständen dürfen wir übergehen. Nicht minder die Sitzung vom 17. Mai, in der es sich um Uebernahme von Eisenbahnen für den preußischen Staat theils in directer, theils in indirecter Form handelte. Am 18. Mai zuerst wieder eine kleine Culturfampfszene. Sodann die zweite Berathung des Gesetzentwurfs über

die Bedingungen zum Eintritt in den höheren Verwaltungsdienst. Der Regierungsentwurf wollte zwei Prüfungen einführen, eine juristische und später eine staatswissenschaftliche. Die Commission wollte die erste Prüfung für den Justiz- und Verwaltungsdienst einheitlich gestalten und in dieselbe bereits die Forderung volks- und staatswirthschaftlicher Kenntnisse aufnehmen. Diese Commissionsvorschläge wurden mit Recht, namentlich von Gneist bekämpft. Das akademische Triennium reicht nicht einmal aus für die mehr als scheinbare Erwerbung der zur Prüfung erforderlichen juristischen Kenntnisse. Werden auch noch volks- und staatswirthschaftliche Kenntnisse unter die Prüfungsgegenstände aufgenommen, so ist die einzig mögliche Folge die totale Verflachung des Examens. Denn die Examinatoren gelangen dahin, vorauszusehen, daß kein Examinant den gestellten Forderungen ernstlich Genüge leisten kann, außerdem sind aber die Examinatoren, auch wenn sie wollten, nicht im Stande, ein so umfangreiches Prüfungsgebiet in den der Prüfungszeit gesteckten Grenzen gehörig zu sondiren; drittens endlich giebt es gar keine Examinatoren, welche auch nur die Hälfte dieses Gebiets, nämlich Staats- und Volkswirthschaft einheitlich beherrschen. Das Haus entschied sich nun zwar nicht für den Commissionsvorschlag, aber für einen ähnlichen, als Verbesserung eingebrachten Antrag. Nach letzterem soll die erste Prüfung zwei Theile umfassen, einen juristischen und einen staatswissenschaftlichen und der zweite Theil soll facultativ entweder beim Universitätsabgang oder während der Vorbereitungszeit bei den Gerichtsbehörden, für deren Antritt der erste Theil der Prüfung bereits bestanden sein muß, abgelegt werden.

Am 19. Mai wurden die erwähnten Eisenbahnvorlagen in dritter Lesung berathen, alsdann die Einzelberathung über die Bedingungen zum Eintritt in den höheren Verwaltungsdienst fortgesetzt. In dieser Sitzung handelte es sich um die Frage, ob die zweite Prüfung zur Befähigung für den höheren Verwaltungsdienst auch von den Landrathen gefordert werden soll. Die Regierungsvorlage enthielt diese Forderung nicht, die in Preußen bisher nicht üblich war. Die Commission aber will die Candidaten des Landrathsamtes den Prüfungen für die höheren Verwaltungsbeamten unterwerfen. Das Haus nahm den Commissionsbeschluß an; ob derselbe aber im Herrenhaus stehen bleibt, zumal da er auch von der Regierung bekämpft wurde, ist sehr zweifelhaft. Unsererseits halten wir den gefaßten Beschluß nicht für richtig, wollen die Frage aber erst erörtern, wenn sie wiederholt zur Sprache kommt und zwar mit besserem Eingehen, als in der Sitzung, über welche wir heute berichten. Die Frage scheint eine technische, hat aber eine sehr bedeutungsvolle politische Seite.

Am 20. Mai wurde ein Gesetz über die Verwaltung der Gemeinde-

waldungen in erster Berathung an eine besondere Commission verwiesen und sodann die dritte Lesung des Amtssprachegesetzes begonnen und zu Ende gebracht. Seitens der polnischen Abgeordneten wurde bei dieser Gelegenheit eine sehr unziemliche Sprache geführt, die jedoch Herrn Windthorst bei weitem zu übertreffen gelang. Man muß an das alte Wort des Lucian denken: „Du hast Unrecht, Zeus, denn Du bist zornig.“ Die verlorenen Sachen werden mit Schimpfsworten vertheidigt und die Träger hoffnungsloser Bestrebungen gesellen sich als ohnmächtige Bundesgenossen. — Selten genug mögen in Deutschland diejenigen sein, welche der polnischen Nation einen Grad von Theilnahme bewahrt haben und derselben einen Rest von Hoffnung lassen möchten. Der Verfasser dieser Briefe bekennt sich als Einen dieser Wenigen^{*)}. Aber wenn es schwer ist, im Unglück sich würdig und tadellos zu betragen, so ist das Allerschwerste, für diejenigen Unglücklichen nicht die Sympathie zu verlieren, welche durch ihr Unglück zu keiner Zeit gehoben, sondern nur tiefer in Leidenschaft und Maßlosigkeit hineingetrieben werden. Wenn die Polen zum Werth ihrer Sprache und zur geistigen Anlage ihrer Natur Vertrauen hätten, so könnten sie den Untergang derselben nicht davon befürchten, daß die niederen Klassen in Posen zur Erlernung der deutschen Sprache genöthigt werden. Eine Literatur und Sprache ist gerettet, so lange sie noch Blüthen der Bildung treibt, während der Gebrauch als Volksdialekt durchaus keine politische Bedeutung hat. So stören die zahlreichen Volksdialekte in Frankreich die politische Einheit der Nation nicht, weil sie das unwiderstehliche Uebergewicht der gebildeten Sprache nicht aufheben. —

Nunmehr beginnen auch die Sitzungen des Herrenhauses zahlreicher zu werden, auf dessen Verhandlungen wir daher einen Blick werfen müssen. Am 15. Mai handelte es sich theils um erste Berathungen, theils um technische Gesetze. Am 18. Mai wurde das vom Abgeordnetenhaus herübergekommene Gesetz, betreffend die Uebertragung der Eisenbahnrechte des preussischen Staates auf das Reich, berathen. Eine buntere Gegnerschaft, die zum Glück eine kleine Minorität blieb, hat wohl selten ein Gesetz gefunden. Partikularisten vom reinsten Wasser, wie die Herren v. Senfft-Pilsach, Graf Lippe und Kleist-Rehnow, daneben der liberale Herr Hasselbach als Anwalt der Privatbahninteressen und endlich der zäheste und confuseste aller Doktrinäre Herr Georg Beseler. Dieses ehemalige Mitglied der erbkaisерlichen Partei zu Frankfurt hat das seltsame Unglück, bei jeder Lebensfrage des nationalen Gedankens sich so in den Schlingen seiner Doktrin zu fangen, daß er in die Arme seiner eignen Gegner fällt. Diesmal kam er auf dem alten Schimmel des correcten Bundesstaates angeritten, den wir längst durch den Gnadenstoß

^{*)} Die Redaction nicht.

des Scharfrichters abgethan glaubten. In einem Bundesstaat müssen die Einzelstaaten nach Herrn Beseler bei Leibe jeder sein Eisenbahnsystem behalten. Wenn nun aber dabei Verkehrs- und Vertheidigungsfähigkeit zum Rückzug gehen? „*Pereat respublica, fiat doctrina*“, sagt Herr Beseler. Der Reichskanzler verfehlte nicht, auch im Herrenhaus persönlich für die Vorlage einzutreten und zu bezeugen, wie eng dieselbe mit den großen Zielen seiner Politik zusammenhängt. Das Hauptinteresse seiner Rede lag diesmal in der Ausföhrung der Gefahren, welche das Eisenbahnmonopol in der Hand egoistischer Privatinteressen herbeiföhren kann. „Die Eisenbahndirektionen“, bemerkt er, „sind bei dem jetzigen Zustand in einer Lage, die ihnen keine Gesezgebung der Welt ersehen kann. Das sind organisch mächtige Gebilde, wie sie sich allmählig herausgestellt haben mit einem Einkommen an Lantien und sonstigen Emolumenten, wie sie zuweilen auch die Botschafter nicht erreichen. Die Direktionen haben daneben eine große Klientel, eine erhebliche Machtstellung im Staate und die ungeheueren Vorthelle, die die Verbindung von Eisenbahndirektionen mit den Direktionen anderer Unternehmungen, Banken, Hütten und Bergwerke gewährt.“ Daß auf diese Weise die Möglichkeit nicht ausgeschlossen ist, durch eine Coalition von Privatinteressen den Staat gelähmt zu sehen, zeigte der Kanzler an dem Beispiel Englands. Als dann beschäftigte er sich noch mit der Zurückweisung einer Reihe von Einwänden, die jedoch von den Gegnern offenbar nur als Vorwände gebraucht werden, ihren auf ganz anderen Beweggründen ruhenden Widerstand in seinem wahren Charakter zu verdecken. Ein solcher Vorwand, den man wirklich nur mit großer Anstrengung für einigermaßen aufrichtig halten könnte, ist derjenige, daß die Staatseisenbahnverwaltung thatsächlich weniger verantwortlich sein werde. Als ob nicht alle Krähen, die einander jetzt nicht die Augen aushacken, wohl aber einander die Schuld der Mißstände zuschieben, die auf diese Weise unfindbar wird wie der wandernde Thaler im Gesellschaftsspiel, als ob diese Krähen sich nicht vereinigen würden, die Reichseisenbahnverwaltung, die ihrer Kritik nicht entgehen kann, auf das Unnachsichtigste zu controliren!

Am 19. Mai beschäftigten sich die Herren mit technischen Gesezen, am 20. Mai noch einmal mit der Uebertragung der Eisenbahnen auf das Reich. Es fehlte wiederum nicht an einigen spaßhaften Incidentpunkten, von denen wir jedoch nur die Verwahrung eines Eisenbahndirektionsmitgliedes anführen wollen, daß er und seine sämmtlichen Collegen keineswegs die Einnahmen der Botschafter erreichten, vielmehr beziehe er als Mitglied einer Direktion nur Reiseentschädigung und die vier salarirten Mitglieder der Direktion bezögen nur ein ihrer Thätigkeit entsprechendes Gehalt. Als ob der Reichskanzler dies in Abrede gestellt hätte!

C — r.